

Hochschulen*, zu erhöhen. Diese Parteiorganisationen haben entsprechend den Beschlüssen des 28. und des 29. Plenums des Zentralkomitees die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen mit kleinbürgerlichen und reaktionären Auffassungen* in den Mittelpunkt ihrer Beratungen gestellt. Sie kämpften gegen die kleinbürgerliche Prinzipienlosigkeit mancher Studenten und wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen provokatorische Elemente. Die Parteileitung der Karl-Marx-Universität, Leipzig, nahm auf der Delegiertenkonferenz in ihrem Rechenschaftsbericht gründlich zu den ideologischen Hauptfragen der letzten Monate Stellung und setzte sich im besonderen mit den Schwankungen in einzelnen Instituten und Fakultäten auseinander. Scharf kritisiert wurde z. B., daß nach dem 28. Plenum des Zentralkomitees, obwohl es zu dessen Auswertung einen politisch-ideologischen Plan gab, wenig Veranstaltungen, Diskussionen und Gespräche organisiert wurden, die der Klärung der vom 28. Plenum aufgeworfenen ideologischen Fragen gewidmet waren. Diese „ideologische Ruhe“ wurde erst unterbrochen, als reaktionäre Grüppchen an der Medizinischen Fakultät Unruhen zu provozieren suchten. Jetzt erst griffen die fortschrittlichen Kräfte an der Medizinischen Fakultät unter Führung der Parteileitung in öffentlichen Auseinandersetzungen sowie mit Wandzeitungsartikeln und Flugblättern die provokatorischen Elemente scharf an und isolierten sie von der Masse der Studenten. Hier zeigte es sich, daß die Parteiorganisationen, wenn sie entschlossen und prinzipiell den Kampf führen, alle Störungsversuche zerschlagen und das Vertrauensverhältnis zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen weiter stärken können.

Die offene, selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen Mängeln und Schwächen in der Arbeit geben den Parteiorganisationen die richtige Orientierung im Kampf und verstärken ihren Einfluß an unseren wissenschaftlichen Instituten. Auf der Delegiertenkonferenz in Jena zeigte es sich neben vielen Erfolgen in der Parteiarbeit, daß es trotz der Festigung der Universitätsparteiorganisation in den letzten Monaten noch zahlreiche unklare, dem Marxismus fremde Auffassungen gibt, daß noch nicht alle Genossen erkannt haben, warum die Partei mit größter Entschiedenheit allen Tendenzen der Liberalisierung entgegenzutreten muß. So gab es z. B. in der Parteiorganisation der Fachrichtung Historiker einige Genossen, die in einer Reihe von Fragen den Klassenstandpunkt verließen und in der FDJ Forderungen aufstellten, die nicht auf die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht gerichtet waren. Die Delegierten dieser Fachrichtung setzten sich jedoch auf der Konferenz mit diesen schädlichen Auffassungen nicht prinzipiell auseinander und untersuchten nicht kritisch die Mängel ihrer eigenen Arbeit, die zum Auftreten solcher Schwankungen geführt hatten.

Die Delegiertenkonferenz der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg, hat ihre Aufgaben bei der weiteren Entwicklung unserer ideologisch-politischen Offensive nicht erfüllt. Der Rechenschaftsbericht der Universitätsparteileitung und die Mehrzahl der Diskussionsredner gingen der zielstrebigem Auseinandersetzung aus dem Wege. Hier war kaum ein solcher entschlossener marxistischer Kampfgeist, wie auf den Delegiertenkonferenzen in Leipzig und Jena, zu spüren. Liberalisierungstendenzen in den Gruppen- und Wahlversammlungen traten unsere Genossen nicht immer entschieden entgegen. Die tieferen Ursachen der Schwankungen eines Teils unserer Studenten und Wissenschaftler und der Verbürgerlichung einer Anzahl unserer Arbeiter- und Bauernkinder an den Universitäten wurden nicht geklärt. In den Parteiorganisationen der Mediziner und